

Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei und des Verbands deutscher Arbeitervereine.

No. 9.

Leipzig, den 27. Februar.

1869.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließlich Bringerlohn 12½ Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren G. Hofmann, Brühl 40, G. Richter, Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein, Universitätsstraße, und die Expedition d. Blattes in der Wohnung des Herrn A. Bebel, Petersstraße 18. Für Dresden Filial-Expedition (interimistisch) M. Hensel, Ballstraße 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan, Australien, Südamerika etc. die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 24 Brook Street, Grosvenor Square, London. Agent für London: A. Duenfing, Foreign Bookseller, Librarian and Newsagent, 8, Little Newport Street, Leicester Square, W. C.

An die Parteigenossen in Sachsen.

Das in der Arbeiterversammlung vom 11. d. Mon. gewählte Comité, in welchem auch die Volkspartei vertreten ist, hat den Beschluß gefaßt, einen allgemeinen sächsischen Arbeiter-Congreß auf Sonntag den 7. März nach Hohenstein-Ernstthal zu berufen. In Folge dessen kann die Landesversammlung der Volkspartei sich nicht über Sonnabend den 6. März ausdehnen, und wir fordern deshalb die Delegirten und Vertrauensmänner unserer Partei auf, pünktlich zu erscheinen.

Tagesordnung der Landesversammlung: Gewerksgenossenschafts-Frage und Organisation der Partei (Neuwahl des Ausschusses).

Die Fragen des Wahlrechts und des Vereinsgesetzes werden Tags darauf vom Arbeiter-Congreß behandelt werden.

Leipzig, den 17. Febr. 1869.

Der Ausschuß der Volkspartei.

Arbeiter Sachsens!

In Angelegenheiten, die Euer und Eurer Familien geistiges und leibliches Wohl auf das Engste berühren, wenden wir uns an Euch. Leihet uns Eure Aufmerksamkeit und Eure Unterstützung!

Die politische Rechtlosigkeit, in der sich der Arbeiter, wie fast überall, so auch in Sachsen befindet, soll und muß aufhören. Der Arbeiterstand, der mehr und härter betroffen wird, als jeder andere Stand, wenn es gilt, Gut und Blut für Staatszwecke, die nicht die seinen sind, herzugeben, ist bis heute von jeder Vertretung in dem sächsischen Landtag, von jedem Einfluß auf die Gestaltung der Gesetze ausgeschlossen und ist dennoch gezwungen, sich diesen Gesetzen zu fügen, sie anzuerkennen und darnach seine Handlungen einzurichten!

Als vor einem Jahre der sächsische Stände-Landtag im Verein mit der Regierung ein neues Wahlgesetz vereinbarte, wurde trotz lebhafter Proteste aus den Arbeiter-Kreisen ein Censur in das Wahlgesetz aufgenommen, der die ungeheure Mehrheit des sächsischen Arbeiterstandes vor wie nach als völlig rechtlos hinstellt. Sollen wir dies ruhig geschehen lassen? **Nein!** Tausendmal **Nein!** Will aber der Arbeiterstand zu seinem Rechte kommen, so muß er es erobern. Darum gilt's zusammenzutreten und zu berathen, was geschehen soll.

Wir laden Euch deshalb ein, Arbeiter Sachsens, den allgemeinen sächsischen Arbeiter-Congreß zu beschicken, der Sonntag den 7. März d. J. Vormittags 10 Uhr im Meisterhause zu Hohenstein-Ernstthal stattfinden soll.

Tretet in Versammlungen zusammen, besprecht Euch und sendet Eure Vertreter zu dem genannten Tage nach Hohenstein-Ernstthal. Je größer die Anzahl der Vertreter, desto wichtiger wird der Eindruck unserer Verhandlungen sein.

Noch um ein Zweites handelt es sich. Das sächsische Vereins- und Versammlungsgesetz ist reaktionär durch und durch. Nach ihm liegt es jeder Zeit in der Willkür der Polizei, unsere Organisationen zu stören oder gar zu vernichten. Organisation des Arbeiterstandes aber ist bei seiner gedrückten materiellen Lage das einzige Mittel, das Gewicht der Masse in die Waagschale zu werfen und seiner Stimme Gehör zu verschaffen. Für keinen andern Stand ist das unbeschränkte Vereins- und Versammlungsrecht ein so wichtiges und unentbehrliches, wie für den Arbeiterstand. Das unbeschränkte Vereins- und Versammlungsrecht zu erringen, darauf muß unser Streben gerichtet sein. Auch hierüber wollen wir uns besprechen und uns verständigen; darum sendet Alle Vertreter zum 7. März nach Hohenstein-Ernstthal zum Congreß der Arbeiter Sachsens!

Mit sozial-demokratischem Gruß und Handschlag

Das von der Leipziger Arbeiterversammlung am 11. Februar gewählte Comité:

Liebkecht (Volkspartei), Seifert (Allgemeiner deutscher Arbeiterverein), Bebel (Volkspartei), Röhling (Vassalle'scher Allgemeiner deutscher Arbeiterverein), Laute (Allgemeiner deutscher Arbeiterverein), Behold (Allgemeiner deutscher Arbeiterverein), Berner (Volkspartei).

Inhalt: Politische Uebersicht. — An unsere Parteifreunde in Hannover. — Nicht nach Brasilien! — Bororts- und Arbeiter-Angelegenheiten. — Buchhändler-Anzeige. — Anzeige. — Beilage: Die soziale Stellung der Brauerei-Arbeiter. — Aus England.

Politische Uebersicht.

Die Pariser Conferenz hat die griechisch-türkische Verwickelung, trotz der unverschämten Proklamation des griechischen Ministeriums, für beendet erklärt und damit der europäischen Diplomatie das unbarmherzigste Armuthszeugniß ausgestellt.

Der König ist todt; es lebe der König! hieß es früher in der guten alten legitimistischen Zeit bei den französischen Höflingen, wenn ein Monarch der Natur ihren Tribut bezahlt und damit seinen Unterthanen meist den ersten und letzten Dienst geleistet hatte. Der Kraken ist todt, es lebe der Kraken! lautet heutzutage die Losung. Die orientalische Frage wird für den Moment von der Tagesordnung abgesetzt, die belgische Frage tritt an die Stelle. Die „belgische Frage“, das heißt: Frankreich, das Napoleonische Frankreich, will Krieg mit Preußen, dem Bismarck'schen Preußen. Früher war diese Frage bekannt unter dem Namen: „Luxemburg'sche Frage“. Durch die „glorreichen“ Ereignisse des Jahr 1866 wurde das deutsche Luxemburg von dem zerstückten deutschen Körper losgelöst, und in den Bereich der französischen „Macht-sphäre“ geworfen; die Belgier suchen die Annexion Luxemburg's an Frankreich, die ihre staatliche Existenz nicht bloß bedrohen, sondern einfach unmöglich machen würde, um jeden Preis zu verhindern, und kämpfen deshalb indirekt für die deutsche Nationalität, die von dem „Staat des deutschen Berufs“ schnöde preisgegeben worden ist. Um die Annexion vorzubereiten, hatte eine französische Eisenbahngesellschaft die Luxemburger Bahn kaufen wollen, und auch schon die nöthigen Verhandlungen abgeschlossen. Gegen diesen Plan brachte nun die belgische Regierung, die ebenfalls an der Luxemburger Bahn theilhaftig ist, einen Gesetzesvorschlag ein, der von der zweiten belgischen Kammer angenommen ward. Die Belgier waren vollkommen in ihrem Recht, allein sie durchkreuzten die französische Politik, und die offiziöse Presse Bonaparte's erhob ein Zetergeschrei und bezeichnete den Gesetzesvorschlag als eine Beleidigung, als eine Herausforderung Frankreichs. Die Belgier haben sich indeß nicht einschüchtern lassen, und die erste Kammer hat mit großer Mehrheit den Beschluß der zweiten Kammer gut geheißt. Was wird Frankreich thun? Den Krieg erklären? Nein! Es hält die Frage offen, bis sich eine günstige Gelegenheit bietet. Und die Moral der Geschichte ist: So lange in Europa der Cäsarismus herrscht, wird das Damoklesschwert des Kriegs stets über unserem Kopf hängen — ist es in der Nacht weniger gewissenloser Personen, jeden Moment den dünnen Faden zu zerschneiden, welcher dasselbe fest hält.

Daß die französische Presse bei ihrem Geschimpfe auf Belgien eigentlich Preußen meint, das weiß man in Berlin sehr wohl, und die „Kreuzzeitung“ erblickt darin sogar einen Beweis „des tiefen und weit verbreiteten Respekts vor Preußen“. Die „Kreuzzeitung“ irrt sich aber gewaltig, wenn sie meint, die Franzosen glaubten, Belgien sei durch Preußen zu seiner mannhaften Haltung bestimmt worden. Die Franzosen kennen die Luxemburger Frage mindestens eben so genau, wie die „Kreuzzeitung“; sie kennen die Besprechungen von Biarritz besser, als die „Kreuzzeitung“, und weil sie diese Besprechungen und die Luxemburger Frage kennen, ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß ihren Angriffen auf Preußen ein von „Respekt“ durchaus verschiedenes Gefühl zu Grund haben.

Aus Berlin schreibt man uns: „Wie der Herr, so der Knecht. Eine Corruption“) der Herrschenden hat noch nie verfehlt, auch die Unterthanen zu korrumpiren**), und so kommt es, daß seit 1866, dem Siegesjahr des Verraths und der höheren Geschichtsfälschung, auch im Privatverkehr Betrug und Fälschung einen so herrlichen Aufschwung genommen haben, „wie noch nie!“ Da etablirt sich bald dieser, bald jener Gauner unter der billigen Firma einer „Aktiengesellschaft“ zu irgend einem angeblichen industriellen Zweck, läßt Aktien von irgend beliebigem Betrage drucken und sucht sie zu jedem Preis (sie kosten ihn ja nur Papier und Druck!) an den Mann zu bringen. So kommt es, daß der Geldmarkt mit Papieren überschwemmt ist, die einen Nominalwerth von vielen Tausenden repräsentiren, in Wahrheit aber nichts als — Makulatur***) sind. Wie viele Leute, namentlich die sogenannten „kleinen Handwerker“ und Geschäftsleute, durch derartige, nicht einmal gesetzlich verfolgbare Kniffe um ihre Ersparnisse gebracht worden und zum Ruin gelangen, daß ist auch noch nicht einmal annähernd zu bestimmen, geht aber ins Ungeheure. Die neueste Schwindel-Aktiengesellschaft nennt sich, drollig genug, Borussia†). — Auch dem ausgedehntesten Hypothekenschwindel ist durch die neueste, von den Liberalen beliebteste Gesetzgebung Thor und Thür geöffnet. Dieselbe gestattet nämlich jedem Grundbesitzer, auf sein Grundstück, es sei auch noch so werthlos, doch so viele und so hohe Hypotheken ausfertigen zu lassen, als er Lust hat, und es ist gar nicht erforderlich, daß ein Anderer da sei, die Hypotheken zu erwerben; der Besitzer kann dieselben auf seinen eigenen Namen schreiben lassen. Natürlich wird diese Freiheit nicht die ersohnte Verbesserung des schwer darniederliegenden Realkredits, sondern umgekehrt, vermehrtes Mißtrauen zur Folge haben.“

Auch von Seiten des Kurfürsten von Hessen sind alle diesen betreffende Angaben des Grafen Bismarck in der Beschlagnahme-Debatte für „natürlich unwahr“ erklärt worden. „Natürlich.“ Spielten die „Nerven“ des Grafen Bismarck nicht eine so große Rolle, so würden wir überhaupt dessen ganzes Auftreten einfach unbegreiflich finden. Es giebt Dinge, von denen ein kluger Mann nicht spricht. Bonaparte zum Exempel hütet sich wohlweislich, von dem Staatsreich zu reden. Graf Bismarck, der den Dejembermann sonst so getreulich kopirt, hat ihm das nicht abgesehen. Sein Unglück ist, daß er zu schwache „Nerven“ hat und ein zu starkes — Gewissen. Zwei schlimme Eigenschaften für einen Apostel des Blut- und Eisen-Evangeliums!

Herr Birchow beschwert sich in einem öffentlichen Schreiben bitterlich, daß ihm seine Rede in der Beschlagnahme-Debatte von den Zeitungen unterdrückt worden, und klagt über die schlechte Berichterstattung, unter der die Reden der preußischen Herren Abgeordneten zu leiden hätten. Sonderbarer Schwärmer! Als ob die Zeitungen diesen Ergüssen nicht noch zu viel Raum widmeten! Herr Birchow vergißt, daß wir 1869 zählten. Vor 5, 6 Jahren galt eine Kammerrede noch für eine That, und hing das preußische Volk an dem Mund seiner „Vertreter“. Aber der Kammerreden sind seitdem so viele geworden, und die vielen Kammerreden haben so wenig genützt, und die „liberalen“ Herren Kammerredner haben ihren liberalen Kammerreden so kräftig ins Gesicht geschlagen und die ganze Kammerrednerlei so erfolgreich ad absurdum geführt††), daß das Volk keine Kammerreden mehr lesen mag, und den Herren Kammerrednern gleichgültig, wo nicht ver-

*) Verderbtheit. **) Verderben, sittlich zu Grunde richten.

***) Werthloses Papier. †) Preußen. ††) Lächerlich und verächtlich gemacht.

achtungsvoll den Rücken zuwendet. Und falls Herr Birchow, was Manche noch glauben, wirklich ein Demokrat ist, sollte er sich hierüber freuen, statt weiblich zu schelten.

Sind die Preußen Unterthanen oder Staatsbürger? Das war die Frage, mit der das Abgeordnetenhaus sich neulich bei Diskuturung des Indigenatgesetzes beschäftigte. Wie immer, wo es sich um Prinzipienfragen handelt, ging das Abgeordnetenhaus der Frage aus dem Wege und antwortete: ein Preuße ist ein — Preuße, was allerdings unbestreitbar ist. Das Gesetz kommt nun vor die Herrenhäuser, die weniger von Zweifeln angekränkt sind, und das Wortlein Unterthan vermuthlich wieder zur Geltung bringen werden.

Wir erwähnten neulich der Broschüre des Koburger Ministers Seebach in Sachen seines Brodherrn, des Felden von Langensalza. Dieser Tage wird eine geharnischte „Antwort“ aus der Feder des hannoverschen Archivraths Duno Kloppe erscheinen, auf die wir unsere Leser aufmerksam machen.

Es heißt, die preussische Regierung wolle den Frankfurter den größten Theil des ihnen weggenommenen Eigenthums (welche Großmuth!) zurückgeben, — man habe sich in Berlin überzeugt, daß durch Milde und versöhnliches Auftreten mehr zu erreichen sei, als durch Schroffheit und Härte. Nun, die „Ueberzeugung“ kommt 3 Jahre zu spät; und die Frankfurter wissen sehr wohl, daß das freundliche Gesicht nicht ihnen gilt, sondern den „süddeutschen Brüdern“, die bei den bevorstehenden Kriegsereignissen ein gewichtiges Wort mitzusprechen haben.

In Böhmen fahndet man auf eine in Berlin gedruckte Broschüre, welche die Tschechen zur Steuerverweigerung auffordert.

Der Wiener Sozialdemokrat Leidersdorf, der jüngst wegen „Gotteslästerung“ zu 6 monatlichem Kerker verurtheilt ward, sitzt seit 4 Wochen in Untersuchungshaft, und soll bis zum endgültigen Entscheid darin bleiben, so daß er auch im Fall der Freisprechung seine Strafe abbat. Aehnlich treibt man es nur noch in dem nationalliberalen Musterland Baden, wo neulich der Verleger eines anstößigen Bißblattes, „der Becker“, ohne Umstände „wegen Herabwürdigung der Religion“ in Untersuchungshaft genommen wurde. (Gegen den Drucker des Blattes, unseren Freund Sichelödörffer, ist ebenfalls Anklage erhoben und 6 monatliches Gefängniß beantragt worden! Man denke, gegen den Drucker! Nationalliberaler „Liberalismus“!)

Aus Spanien nichts. Der Parteikampf in den Cortes wird erst nächste Woche beginnen.

Das amerikanische Repräsentantenhaus hat mit großer Majorität den Regern das Stimrecht bewilligt. Auch im Senat ist dem Gesetzesvorschlag die nöthige Mehrheit sicher. Um Gültigkeit zu erlangen, muß aber die Bill (der Gesetzesentwurf), weil es sich um eine Aenderung der Verfassung handelt, den Gesetzgebungen der Einzelstaaten vorgelegt und von mindestens drei Vierteln der Staaten angenommen werden.

Der Staat Vermont in den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat den Schulzwang eingeführt. Eltern und Vormünder, welche es versäumen, Kinder in die Schule zu schicken, werden bestraft werden. Wir wissen, auch innerhalb der demokratischen Partei giebt es Gegner des Schulzwangs, Männer, die glauben, daß er im Widerspruch sei mit dem Prinzip der persönlichen Freiheit. Diesen ist entgegenzutreten, daß die persönliche Freiheit nicht das Recht einschließt, Andere zu unterdrücken und zu schädigen, und daß der Staat die Pflicht hat, die Schwachen und Unmündigen zu schützen. Im amerikanischen Senat hat Mr. Howe „unter all-

gemeiner Heiterkeit“ den Antrag gestellt, die Regierung solle einen geübten Phrenologen*) anstellen, der die Schädel aller Bewerber für Steuer- und Zollämter untersuchen und Jeden zurückweisen solle, dessen Schädel annerzionistische Anlagen vertrat. Unserer Ansicht nach war die „Heiterkeit“ sehr übel angebracht, und würde eine derartige Unterjuchung auch in Europa, und nicht bloß bei Candidaten für Steuer- und Zollämter am Platze sein.

Der Regereisstaat Liberia, der an der Westküste Afrika's blüht, hat seit dem verflossenen Jahre mit mehreren europäischen Staaten einen Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag abgeschlossen. Augenblicklich steht er im Begriff, einen Bevollmächtigten nach Rußland zu schicken, um einen ähnlichen Vertrag zu Stande zu bringen. Ueber die gegenwärtigen Zustände der Republik Liberia giebt eine Botschaft des Präsidenten Payne einige Aufklärung. Payne, ebenfalls dunkelfarbig, hat von Vaters- und Mütterseite Sklaven zu Vorfahren. Seine Erziehung genoß er in der Akademie zu Monrovia, der Hauptstadt Liberias. Er hat sich viel mit Rational-Ökonomie beschäftigt und darüber mit Geschick geschrieben. Präsident Payne legt in seiner Botschaft großen Werth darauf, daß alle Bürger ihre republikanischen Rechte und Pflichten eifrig ausüben; denn ein Gemeinwesen könne nur gedeihen, wenn dasselbe vom echten Bürgergeiste getragen sei. In gewisser Beziehung scheint dieser schwarze Bundespräsident freilich um fünfzig Jahre im Bismarck'schen „Liberalismus“ zurück zu sein. Er stellt nämlich das folgende Glaubensbekenntniß auf: „Wir leben der Ueberzeugung, daß trotz heftiger Wirren und Herrschaftsveränderungen, die unlängst stattgefunden haben, die Welt gleichwohl voranschreitet in der Erkenntniß guter Grundsätze und wahrer politischer Sittlichkeit. An die Stelle der Aufsaugung und Niederdrückung schwacher Mächte tritt allmählich eine Reizung zur Hebung und zur Besserung. Die Lehre, daß Macht Recht sei, fängt an, in dem Moralsystem der Völker als völlig unwürdig erkannt zu werden; ihr gebührt darin kein Platz!“ So gedruckt unter den Mohnen zu Monrovia, im Dezember des Jahres 1868. Die Botschaft des Herrn Payne empfiehlt ferner für das ganze Land Liberia ein System der Schulpflichtigkeit, wonach die Eltern, die Vormünder, wie überhaupt alle Personen, die ein Kind als Schutzbefohlene, als Pflegling, als Waife, als Lehrling u. s. w. in ihrer Obhut haben, für die Erziehung desselben verantwortlich zu machen sind, indem sie das Kind entweder in eine Regierungs- oder irgend eine andere Schule des Ortes schicken. Herr von Mühlher, der preussische Kultusminister, welcher den unentgeltlichen Schulunterricht abgeschafft hat, wird für diese „Nigger“ eine ebenso souveräne Verachtung empfinden, als Graf Bismarck für die „unliberalen“ Süddeutschen.

Die am 19. d. Mon. in Dresden abgehaltene Versammlung der „demokratischen“ Partei unterschied sich schon äußerlich von ihren Vorgängern durch die (bisher nie stattgefundenen) Beschränkung auf Mitglieder. Die Krise, worin sich der Verein befindet, macht es nöthig, vor allen Dingen Klarheit darüber zu schaffen, auf wessen dauernde Unterstützung derselbe in Zukunft noch zu rechnen hat. Nicht die Menge der ab- und zukommenden Hörer, die Zahl der zuverlässigen, nach einem und demselben Ziele strebenden Mitarbeiter ist es, welche die Partei ausmacht, und die Sonderung dieser von jenen

*) Kenner der Schädellehre, d. h. der Kunst, aus der Schädelbildung den Charakter und die Fähigkeiten der Menschen zu erkennen.

ist eben der Zweck der jetzigen Einschränkung. Unter den Gegenständen der Berathung stand an der Spitze die Frage der Reichstagsnachwahlen in den zeitlich von Rammern, Schreck und Schaffrath vertretenen Wahlkreisen. Nachdem einerseits der charakteristische Umstand hervorgehoben worden war, daß gerade solche Männer, welche den Rechtsboden der norddeutschen Bundesverfassung als anbaufähige Grundlage für die Kultur freier Institutionen angenommen, jetzt durch Verlassen desselben diese ihre eigne Meinung Lügen zu strafen schienen, andererseits sowohl die Erspießlichkeit der Betheiligung an der Wahlagitatio für die Befestigung und Ausdehnung der Parteiorganisation, als die Schwierigkeit der Aufstellung geeigneter Candidaten Erwähnung gefunden, einigte man sich dahin, einen definitiven Beschluß in dieser Sache erst nach der bevorstehenden Landesversammlung zu fassen, um der letzteren die Vereinbarung eines gleichmäßigen Verhaltens der Parteigenossen im Lande offen zu lassen.

Bei der Erörterung über diese Landesversammlung selbst entspann sich eine längere Debatte über einen unliebsamen Zwischenfall. Der Wunsch eines Mitgliedes, man möge auch hier in Dresden, um aus dem zeitlichen Schaukelssystem herauszukommen, ein bestimmtes Programm annehmen, wurde von dem zeitlichen Vorsitzenden als indirekt gegen ihn persönlich gerichteter Vorwurf aufgefaßt und hierdurch eine ziemlich heftige Diskussion über die Vergangenheit des Vereins und das Verhalten einzelner Mitglieder veranlaßt. Nachdem diese sich erschöpft, wurde auf die Gegenstände der Hohensteiner Tagesordnung, der man einen zahlreichen Besuch wünschte, speziell eingegangen und hinsichtlich der Reform der Vereins- wie auch Preßvorschriften einfache Aufhebung der bestehenden Gesetze einhellig als das Wünschenswerthe bezeichnet. Hinsichtlich der Landtagswahlen war, nachdem die Partei erst in ihrer letzten Zusammenkunft Beschluß gefaßt hatte, zu einer wiederholten Abstimmung kein Anlaß gegeben. Wohl aber wurde der Wunsch laut, man möge behufs tieferen Eingehens auf die für und wider die Wahlbetheiligung sprechenden Gründe bei passender Gelegenheit nochmals auf die Sache zurückkommen, während sich für heute die verschiedenen Richtungen mit dem Aussprechen des Wunsches begnügten, es möge das Ergebnis der Hohensteiner Versammlung je in ihrem Sinne, also nach Wunsch der Einen bestätigend, nach Wunsch der Andern den hiesigen Beschluß modifizierend ausfallen. Ueber den dritten Gegenstand des Programms der Landesversammlung, die Gewerks-Genossenschaften, konnte wegen sehr vorge-rückter Zeit eine Debatte nicht mehr eröffnet werden.

Der neubegründete Volksverein in Nürnberg (S. Nr. 7 dieses Blattes) hat folgendes Programm angenommen: „Die Volkspartei bekennt sich:

Zu dem demokratischen Gleichheitsprinzip und verlangt daher die gleichartige Mitwirkung aller Staatsbürger bei Verfassung und Verwaltung, die Durchführung der Selbstregierung des Volkes im Staate, der Provinz und Gemeinde.

In nationaler wie internationaler Beziehung anerkennt die Volkspartei den, jedem einzelnen Volksstamm wie jedem Volk zustehenden gleichen Anspruch auf Selbstbestimmung. Nur ein auf die Freiheit gegründeter deutscher Bundesstaat, mit Einschluß Deutsch-Oesterreichs, nur ein Friedens- und Freiheitsbund der Völker entspricht ihren Grundsätzen.

Die Volkspartei anerkennt, daß die staatlichen und gesellschaftlichen Fragen untrennbar sind, und daß sich namentlich die ökonomische Befreiung der arbeitenden Klassen und die Verwirklichung der politischen Freiheit gegenseitig bedingen.“

Man schreibt uns aus Berlin: „Herr von Schweiger ist wegen eines Preßvergehens zu einigen Monaten Gefängnis verurtheilt war und angeblich zur Regelung von Familienangelegenheiten aus dem Gefängnis Urlaub erhalten hatte, ist am 18. d. Mon. wieder in dasselbe zurückgekehrt! Sein Urlaub war aber schon am 15. zu Ende! — Als Guido Weiß für die „Zukunft“ eine Strafe zu verbüßen hatte, holte man ihn Morgens früh aus dem Bett. Die hiesige Polizei scheint also mit zweierlei Ellen zu messen, je nachdem ihr ein Kunde angenehm ist oder nicht, und Herr v. Schweiger scheint zu den „Angenehmen“ zu gehören.“

In Nr. 24 des „Sozialdemokrat“ ist zu lesen:

„T. Von Leipzig aus wird“) in verschiedenen Blättern behauptet, daß der Bericht des Herrn Liebisch in No. 22 des „Sozial-Demokrat“*) insofern eine Unwahrheit enthalte als der Antrag: „Herr von Schweiger solle ausgedeutet werden, in einer öffentlichen Versammlung in Leipzig zu erscheinen, um die von Liebknecht und Bebel gegen ihn vorgebrachten Anschuldigungen zum Austrag zu bringen“, nicht abgelehnt, sondern einstimmig angenommen sei, und Herr Liebknecht hat in Anknüpfung an den Beschluß eine pomphaste***) „Erklärung“ in die Welt geschickt, nach welcher er bereit ist, „allein oder mit Bebel“****) Herrn von Schweiger entgegenzutreten und seine „Anklagen“ zu begründen, und zwar in Leipzig, oder in Berlin, oder auch auf der nächsten Generalversammlung des Allg. deutsch. Arb.-Vereins. Endlich macht Herr Liebknecht „um zu einem definitiven Abschluß zu gelangen“, den Vorschlag, „daß die Differenz zwischen ihm und Herrn v. Schweiger dem Schiedsrichterspruch des Generalraths der Internationalen Arbeiterassociation unterbreitet werde.“ —

Wir haben hierauf ein für allemal Nachstehendes zu bemerken:

Herrn Liebisch und unseren Parteigenossen müssen wir es überlassen, den dem Herrn Liebisch gemachten Vorwurf der „Fälschung“ zu entkräften. Trotz aller in maßloser Weise von den Herren Liebknecht und Bebel gegen Herrn von Schweiger unausgesetzt vorgebrachten Verdächtigungen und Beschuldigungen besitzt Herr von Schweiger das volle Vertrauen der Mitglieder des Allg. Deutsch. Arb.-Vereins in so hohem Grade, daß er bei der jüngsten Präsidentenwahl fast einstimmig wieder gewählt ist. Nach der Organisation des Vereins kann und darf†) dessen Präsident über sein Thun und Lassen Niemand Rechenschaft ablegen, als der obersten Behörde des Vereins: der Generalversammlung. Herr v. Schweiger befindet sich in Haft††). Seinen Entschuldigungen können wir selbstredend nicht vorgreifen; allein soviel glauben wir nach seinen und bekannten Ansichten auf das Bestimmteste versichern zu dürfen, daß er sich in öffentliche Disputationen nicht einlassen wird; daß er dagegen Jedem, also auch den Herren Liebknecht und Bebel, auf der diesjährigen, in den Ostertagen in Barmen-Elberfeld stattfindenden Generalversammlung Rede und Antwort stehen wird. Bei der Entscheidung derselben hat es dann sein Bewenden zu behalten. Wir fassen also Herrn Liebknecht beim

*) Von uns.

**) Ueber die letzte Leipziger Arbeiterversammlung.

***) Warum druckt sie der „Sozial-Demokrat“ nicht ab? Dann können die Leser selbst urtheilen, ob sie „pomphast“ ist.

****) In Bezug auf das von der Arbeiterversammlung beschlossene Gegenüberreten ist Bebel in der Erklärung nicht erwähnt und zwar schon deshalb, weil der Beschluß bloß auf Schweiger und Liebknecht lautete.

†) Soho!

††) Gaba!

Wort. Mag er auf der Generalversammlung erscheinen und dort seine „Anklagen“ vorbringen. Möge er bis dahin aber auch sein kleinliches Gebelfer*) gegen Herrn von Schweiger einstellen, mit dem er ohnehin keinen Hund vom Ofen lockt**), — oder auch nicht wenn's ihm beliebt. — Auf einen „Schiedsrichterspruch“ über rein persönliche „Differenzen“ kann der Allg. Deutsch. Arb.-Verein sich selbstverständlich ebensowenig einlassen, wie sein Präsident.“

Soweit der „Sozial-Demokrat“.

Es versteht sich, daß wir unser Wort halten werden, ob Herr T. uns dabei „faßt“ oder nicht. Für den Fall, daß die Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins nicht Maßregeln ergreifen sollte, geeignet, die durch Herrn v. Schweiger veranlaßte Zerspaltung der Arbeiterpartei zu befeitigen, halten wir an unserem Vorschlage fest, die Angelegenheit, welche nicht „persönlicher“ Natur ist, obgleich eine Person in dem Spiele ist, von dem Generalrath der Internationalen Arbeiterassoziation schiedsrichterlich entscheiden zu lassen. Wir werden den Vorschlag näher formuliren und der Generalversammlung unterbreiten.

An unsere Parteifreunde in Hannover.

Bei der engeren Wahl, die in dem Wahlkreis Celle nöthig geworden ist, stehen sich der Sozialdemokrat York und der Nationalliberale Planck gegenüber. Die Entscheidung liegt bei den Wählern des überwundenen Kandidaten der sogenannten Coalitionspartei. Wir bitten unsere Parteifreunde in Hannover, ihren ganzen Einfluß zu Gunsten York's aufzubieten, der uns als ehrlicher Sozialdemokrat bekannt ist. Durch aufrichtige Unterstützung der ächten Sozialdemokratie wirken sie am Besten jenem königlich preussischen Sozialismus entgegen, durch den die Einigkeit und Widerstandskraft des niedersächsischen Stammes gebrochen werden soll.***)

Nicht nach Brasilien!

Von verschiedenen Seiten haben sich Arbeiter an uns gewandt und um Auskunft über Brasilien gebeten, wohin sie auszuwandern entschlossen seien. Wir haben in jedem Fall auf das Entschiedenste abgerathen. Da die Brasilianischen „Seelenverkäufer“, auf untre traurigen politischen und wirtschaftlichen Zustände bauend, jetzt in Deutschland eine außerordentliche Thätigkeit entwickeln — in Hamburg allein sollen sie 6 Schiffe für den Transport von „Weißen Sklaven“ gechartert (gemietet) haben, — so halten wir es für untre Pflicht, öffentlich vor der Auswanderung nach Brasilien zu warnen.

Aus den Schriften des ehemaligen Brasilianischen Generalkonsuls Sturz in Berlin (5 Endekplatz), der gern bereit ist, briefliche Auskunft zu geben, wird der Auswanderungslustige ersehen, daß Brasilien ihm nichts bietet als Anechtschaft, Krankheit und Elend.

*) Seit wann nennt man die Anführung von Thatfachen Gebelfer? Und sind wir es, die den Streit heraufbeschwören?
 **) Ei! Ei! Wie kann Herr T. so unhöflich sein zu sagen, mit Herrn v. Schweiger sei kein Hund vom Ofen zu locken?
 ***) Privatim haben wir uns in obigem Sinne schon gleich nach Bekanntwerden des ersten Wahlresultats an unsere Freunde in Hannover gewandt.
 D. R.

Vororts- und Arbeiter-Angelegenheiten.

Johann Philipp Becker, der unermüdlige Veteran der Arbeiterfrage, hat eine höchst lehrreiche Broschüre veröffentlicht:

Die Internationale Arbeiter-Assoziation und die Arbeiterbewegung in Basel im Winter 1868 auf 1869.

Die Broschüre, welche vom Vorort oder von der Expedition dieses Blattes zu beziehen ist, kostet 2½ Gr. = 9 Kr. Rheinisch und der Ertrag ist zu Gunsten der Basler Arbeits-einstellung.

An alle Arbeiter- und Consum-Vereine.

Den Mitgliedern aller Arbeiter- und Consum-Vereine erlauben wir uns hiermit anzuzeigen, daß sich hiesigen Ortes eine Produktiv-Genossenschaft für alle in Stahl- und Eisen zu verfertigende Artikel gegründet hat.

Die Mitglieder genannter Genossenschaft verfertigen, da alle Arbeiter sind, ihre Waare selbst und können darum auch für deren Güte garantiren. Wir gehen nicht von dem Grundsatz aus, selber Ausbeuter zu werden, untre Genossenschaft beruht auf dem Prinzip der Solidarität der gesammten Arbeiterklasse und auf Grund dieser Solidarität richten wir denn auch hiermit an Euch Alle das Ersuchen, den Absatz unserer Waare fördern zu wollen!

Für die Solinger Stahl- und Eisenwaaren-Genossenschaft

Karl Klein.

Adresse: Karl Klein, Goldstraße. Solingen.

Basel, den 20. Febr. Auf Ihre Anfrage wegen des Stands der Dinge hier theile ich Ihnen mit, daß die Grevisen (feiernde Arbeiter) sich noch so ziemlich in derselben Lage wie vor Wochen befinden. Viele ledige und theilweise auch verheirathete Handwerker und Färber haben wir fortspedit, so daß dormalen hauptsächlich diejenigen, welche großen und zahlreichen Familienbestand haben und dem ärmsten Theil des Arbeiterstandes angehören, noch von uns zu unterstützen sind. Also sind Gaben noch immer erwünscht. Die Arbeitgeber nehmen vor wie nach keinen Arbeiter, der der Internationalen Arbeiter-Assoziation angehört, in Arbeit, auch hat die hiesige, durch ihren Reichthum weit und breit bekannte Bourgeoisie sich bis jetzt mit keinem Centime (Pfennig) betheiliget. Es bleibt uns also nichts anderes übrig, als uns immer noch auf die Unterstützung untrer Mitarbeiter aller Länder zu stützen. Wir werden die Fahne der Internationalen Arbeiter-Assoziation hochhalten und fest und treu unser uns gestecktes Ziel verfolgen.

An Unterstützungen sind aus Deutschland bei uns eingegangen: A. B. V. Leipzig Fr. 36. 36 C., durch das Central-Comité in Genf von dem Arb. V. zu Braunschweig und Magdeburg Fr. 81. 40 C., Arb. V. B. Nürnberg Fr. 53. 57 C., A. B. V. Graß Fr. 9. 60 C., Allg. d. Schneider-Verein in Frankfurt a. M. Fr. 15., A. B. V. Graß Fr. 10. 95 C., Dr. Augemann Hannover Fr. 3. 65 C., Schneidergesellschaft in Mainz Fr. 20., Mannheim Fr. 24. 31 C., Wolfenbüttel Fr. 9. 80 C., Allg. Arb. V. in Magdeburg Fr. 63. 75 C., Karl Bredt in Barmen Fr. 14. 69 C., Allg. d. Arb. V. in Hannover Fr. 37. 50 C., Adolph Kroeber in Heidelberg Fr. 21., Koller in Berlin Fr. 3. 75 C., A. B. V. Schwebus und Volksverein Gainsdorf (durch Bebel) Fr. 27., Arb. Bild. Ver. Herborn Fr. 7. 50 C., A. B. V. Dresden Fr. 18. 75 C., Zimmerleute in Berlin Fr. 92., J. B. Bredt in Barmen

Fr. 78. 79 C., C. Meyer in Achim Fr. 14. 69 C., Niehl in Worms Fr. 6. 46 C., S. Meyer in Frankfurt a. M. Fr. 7. 40 C., Hofbaurath Demmler in Schwerin Fr. 20., Allg. Arb. B. in Berlin, (durch Ellinger) Fr. 23., Arb. B. B. Göttingen (durch Greulich) Fr. 7. 50 C., Lüneburg (durch Hofauer) Fr. 11. 51 C., Kroeber in Heidelberg 50. 40 C., Mainz Fr. 11., Schreiner-Genossenschaft in Mainz Fr. 20. Messerschmied-Genossenschaft in Solingen Fr. 11. 38 C., Vörrach (Baden) Fr. 16. 80 C., Essen durch Buchbinder Raspe Fr. 36., Arb. B. B. Hamburg Fr. 37., A. B. Lugaue durch Hering Fr. 22. 50 C., Freiburg im Breisgau durch Eckardt Fr. 13. 20 C., Friz Klee in Hanau Fr. 49., Arb. Ver. Schönau (durch Vebel) Fr. 7. 40 C.

Die angegebenen Adressen werden mehrfach nicht genau sein; das liegt daran, daß in vielen Schreiben nicht angegeben ist, von welchem Verein die Gabe kommt.

Graz, 18. Febr. Nachdem erst vor Kurzem an fast allen bedeutenderen Orten Steiermarks Arbeiterversammlungen stattgefunden haben, in welchen die Resolution des 10. Wiener Arbeitertags in Bezug auf das Coalitionsrecht und das freie Genossenschaftswesen angenommen wurden, fand vorgestern hier wieder eine große Volksversammlung statt, welche das Programm der sozial-demokratischen Partei erörterte, das schließlich einstimmig angenommen ward. Es ist insbesondere die rege Thätigkeit der Mitglieder des Arbeitervereins „Vorwärts“, welche bewirkt hat, daß die sozial-demokratische Richtung, welche noch vor wenigen Monaten hier so heftig bekämpft wurde, nun völlig zum Durchbruche gekommen ist. Nächst Graz ist es Keunkirchen, wo der demokratische Geist die Arbeiter am meisten erfaßt hat. Der dortige Arbeiterverein zählt über 600 Mitglieder. In W. Neustadt, wo die Wiener Sozialdemokraten zuerst Boden faßten, zählt der Verein nur 520 Mitglieder. In Sloggnitz und Baden beträgt die Mitgliederzahl je 300. Auch in Trumau, wo die Fabrikanten ihren Arbeitern verboten hatten, dem Arbeitervereine beizutreten, hat derselbe bedeutend an Kräften gewonnen.

Wien, 19. Februar. Es ist wahrhaft komisch zu sehen, wie unsere offiziöse Presse alle vierzehn Tage das Ende der Arbeiterbewegung in Oesterreich ankündigt. Offenbar will man damit die Furcht bannen, welche die geschlossene und entschiedene Haltung der Arbeiterpartei, unserer einzigen demokratischen Partei, der Regierung einflößt. Am eifrigsten zeigt sich in dieser Beziehung die „Presse“, die erst vor einigen Tagen wieder an die Verurtheilungen der Herren Leidorf und Subaric die Behauptung knüpfte, daß es jetzt aus sei mit der Sozial-Demokratie in Oesterreich, obwohl es eine bekannte Thatsache ist, daß die beiden Verurtheilten niemals in Arbeiterkreisen beliebt waren und wegen ihren Extravaganzen sogar mit mißtrauischen Blicken verfolgt wurden. Verweigerte doch der Wiener Arbeiterbildungsverein Subaric die Aufnahme. Nun, wir wollen sehen, was die „Presse“ sagen wird, wenn in einigen Wochen in Wien die große Volksversammlung stattfinden wird, zu welcher mehrere Reichstagsabgeordnete bereits ihr Erscheinen zugesagt haben. — Unverkennbar nimmt die sozial-demokratische Bewegung hier stets größere Dimensionen an. Durch die mit dem 10. Wiener Arbeitertag begonnene Agitation für die Beseitigung der Zwangsgenossenschaften und Gewährung des Coalitionsrechts sind selbst die bisher indifferenten Arbeiterkreise in die Bewegung hineingezogen worden, und daß man es versteht, die ganze Aufmerksamkeit der Arbeiter auf die politische Agitation zu lenken, zeigt der Umstand,

daß in allen Genossenschaftsversammlungen auch die politische Bestrebungen der Arbeiter besprochen werden. Die letzte derartige Versammlung fand am Sonntag statt. Etwa 2000 Arbeiter nahmen die Resolution des zehnten Arbeitertages bezüglich des Coalitionsrechts an und erklärten sich einstimmig für den Anschluß an den sozial-demokratischen Arbeiterbildungsverein. Sämmtliche Wiener Arbeitergenossenschaften haben bereits einen Vertreter in die Genossenschaftssektion des Arbeiterbildungsvereins gewählt und so hat sich in diesem Verein, der in Wien und den Vororten bereits 10,000 eingeschriebene Mitglieder zählt, ein Mittelpunkt für die ganze Arbeiterbewegung gebildet. In kürzester Frist wird die Bewegung noch durch ein sozial-demokratisches Organ, an dem Männer wie Marx, Liebknecht, Joh. Ph. Becker, Leden und Andere mitarbeiten werden, eine mächtige Stütze erhalten. Oberwinder wird die Redaktion dieses Blattes übernehmen. Die Leiter der Bewegung, deren organisatorisches Talent selbst von den Gegnern anerkannt wird, können sich bei dem Charakter der österreichischen Arbeiter ihren Einfluß nur dadurch sichern, daß sie überall mit großer Selbsterleugnung und Uneigennützigkeit handeln. So ist es gekommen, daß sich auch unreinen Elemente in der österreichischen Arbeiterbewegung in sehr kurzer Zeit abnutzen, und daß die diktatorischen Gelächter, wie wir sie an anderen Orten hervortreten sahen, bei uns niemals sich geltend machen konnten.

Aus **Geißlingen** geht uns ein langer Bericht zu über eine Versammlung im dortigen Arbeiter-Verein am 20. Febr. Bekanntlich hat sich dort kürzlich unter Leitung Wilhelm My ein Arbeiterverein gebildet auf Grund des Nürnberger Programms. Dieser Verein ist der national-liberalen Partei ein Dorn in den Augen und sie setzt alle Mittel und Hebel in Bewegung, um den Verein in ihr Fahrwasser zu bringen und um den Vorsitzenden zu stürzen. Ein Dr. Knäus hatte sich zu diesem Zweck mit einer großen Zahl seines Anhangs in der letzten Vereinsversammlung eingefunden; er ließ sich als Mitglied aufnehmen und suchte nun, er der gelehrte Doktor und „Arbeiterfreund“, in einer mehrstündigen Debatte mit dem vorsitzenden Arbeiter Wilhelm die Versammlung von der Nützlichkeit und Unfehlbarkeit der Schulze-Dehlig'schen Genossenschaften und den Segnungen des Großpreussenthums zu überzeugen. An diesem Abend ist es ihm nicht gelungen, jedenfalls wird er nun mit verstärktem Anhang sich wieder einzufinden und den Kampf fortsetzen. Wir hoffen indes, daß die Geißlinger Arbeiter vernünftig genug sein werden, sich nicht als Anhängsel und Schleppenträger einer Partei gebrauchen zu lassen, die überall da, wo sie ans Ruder gelangt ist, die Arbeiter mit leeren Phrasen abpeißt, sie mit kleinen jämmerlichen Concessionschen zu befriedigen sucht und im übrigen die Ausbeutung der Arbeiterkraft ist.

Nürnberg, den 22. Febr. Daß Sie sehr recht hatten, wenn sie uns den Vorschlag machten, eine Agitation gegen unser Vereins- und Versammlungsgesetz einzuleiten, mag Ihnen folgender Vorfall beweisen. Vorige Woche veröffentlichte der hiesige Arbeiter-Bildungs-Verein nachstehende Anzeige:

Arbeiter-Bildungs-Verein. Sonntag den 21. Febr. Gesellige Unterhaltung. Entrée nach Belieben. Der Ertrag ist für die nothleidenden Arbeiter Basels bestimmt. —

Zwei Stunden, nachdem das Blatt („Nürnberger Anzeiger“) ausgegeben war, wurde der Vorstand des Vereins zu sofortigen Kommen auf die Polizei geladen. Dort wurde ihm eröffnet,

daß die Sammlung zu Gunsten der Baseler nicht stattfinden dürfe und sohin die Abendunterhaltung aufzuheben sei. Der Vorstand erklärte: „daß er für sich allein die Macht nicht habe, eine beschlossene Unterhaltung aufzuheben, daß ein Verein das Recht habe, innerhalb seiner Grenzen bei seinen Unterhaltungen Entrée zu erheben, und daß es die Polizei nichts angehe, welche Verwendung er von diesen Erträgen macht.“ — Den nächsten Tag Abends 6 Uhr (es war ein Samstag) wurde der Vorstand wieder zu sofortigem Erscheinen vorgeladen. Auf der Polizei wurde er mit einer Verfügung des Stadtkommissariats bekannt gemacht, daß, wenn nicht in öffentlichen Blättern die morgige Unterhaltung abgesagt werde, der Verein bei derselben polizeiliche Ueberwachung zu gewärtigen habe. Rüll erbat sich sämtliche Verfügungen und Protokolle in dieser Angelegenheit in Abschrift zum Behuf einer Beschwerde bei der Kammer der Abgeordneten. Als am nächsten Abend die Unterhaltung begann, stellte sich auch richtig ein Polizeioffiziant ein. Vor der Hausthüre des Vereinslokals waren zwei Polizeidiener postirt. Rüll erklärte, daß durch Stadtkommissariatsbeschuß das Erheben von Entrée verboten sei, er stelle den Mitgliedern anheim zu thun, was sie wollten. Hierauf erhob sich ein Mitglied und sagte, daß die Polizei uns zwar das Erheben von Entrée verboten habe aber er ersuche hiemit den Vorstand von ihm einen kleinen Beitrag für die Baseler anzunehmen. Daß nun Keiner zurückbleibe und Jeder dem Vorstand sein Schärfein übergab, kann ich Ihnen versichern. Der Polizeibeamte konnte gegen diese Art von Zusammensteuerung Nichts einwenden und mußte diesen Akt, der ein reiner Hohn war auf die Polizei, ruhig vor sich gehen lassen. Der Ausgang dieser Gesellschaft mag zwar spaßhaft sein; aber der ganze Vorgang beweist, daß wir jener Freiheit immer näher kommen, mit der uns Preußen nach Bismarck um 30 Jahre voraus ist. —

Von Herrn Rögner, dem früheren Vorstand des Nürnberger Arbeitervereins sind Rüll ebenfalls 10 fl. für die Baseler Arbeiter eingehändigt worden. Unser Arbeiter-Vilungsbereich wird außer den bereits abgesandten 25 fl., in den nächsten Tagen weitere 30 fl. abschicken. (Bravo!)

Der hiesige Buchbinderverein hat sich definitiv konstituiert und hat bereits eine zahlreiche Mitgliederschaft.

Nürnberg. d. 24. Febr. In Reichelsdorf einem bäbischen Dorfe zwischen Schwabach, Nürnberg u. Fürth kamen am vergangenen Sonntag eine Anzahl Gesinnungsgenossen aus den drei Städten zusammen. Die Zusammenkunft war deshalb anberaumt, um den Schwabacher Freunden den Beweis zu geben, daß die Anhänger der sozial-demokratischen Partei wissen, was sie wollen. In der sehr anregenden Debatte, geleitet von Löwenstein aus Fürth, wurden von mehreren Rednern, Meyer (Fürth), Mendel (Nürnberg), Lindmann (Schwabach) u. s. w. die Ziele der deutschen Volkspartei erläutert. Beschlossen wurde, in Schwabach in nächster Zeit einen Volksverein zu gründen. — Eine Sammlung unter den Anwesenden für die nothleidenden Baseler Arbeiter ergab ein sehr günstiges Resultat. Die gehobene Stimmung machte zum Schluß die Versammlung zu einem gemüthlichen Fest, das Jedem der Anwesenden in freundlicher Erinnerung bleiben wird.

Fürth, den 22. Febr. Um die sozial-demokratischen Prinzipien in immer weitere Kreise zu verbreiten, Arbeitervereine und Gewerkschaften zu gründen, hat der hiesige Arbeiterverein „Zukunft“ ein „Agitationskomité“

gewählt, dessen ausschließliche Aufgabe es ist, in dem ange-deuteten Sinne zu wirken. Vorsitzender dieses Comités ist Heinrich Maier. Das Comité hat bereits seine Thätigkeit begonnen und zunächst in unserer Nachbarstadt Erlangen sondirt, wo es auch sehr günstigen Boden fand. In den nächsten Tagen soll dort eine Arbeiterversammlung einberufen werden, um einen Arbeiterverein zu gründen. Mit mehreren anderen Orten in Franken, wo bisher noch keine Vereine bestanden, sind ebenfalls Verbindungen angeknüpft worden.

(Wir empfehlen auch andern Vereinen ein ähnliches Vor-gehen, wir werden solche Schritte mit Rath und That unterstützen. Der Vorort.)

Saalfeld, den 23. Febr. Der hiesige Arbeiterbil-dungsverein hatte auf vorigen Sonntag eine Arbeiterver-sammlung einberufen, die bei der Kleinheit unseres Ortes ver-hältnismäßig zahlreich besucht war. Zweck der Versammlung war die Besprechung der Gewerks-Genossenschaftsfrage. Das Resultat war, daß sämtliche Anwesende sich zum Beitritt für die verschiedenen Gewerks-Genossenschaften einzeichneten und das Statut des Vororts annahmen. Die meisten der Anwe-senden waren Handarbeiter und diese werden sich der in Crim-mischau gegründeten Gewerks-Genossenschaft der Manufaktur- und Handarbeiter anschließen.

Rittweida, den 21. Febr. Seit dem 24. Aug. v. J. besteht der hiesige Arbeiterverein. Laut §. 1 seiner Sta-tuten verfolgt er den Zweck, „den Arbeiterstand mit allen ge-sezlichen Mitteln zu sichern und zu bessern“ und den Arbeiter über alle öffentlichen Verhältnisse aufzuklären, überhaupt nach Allem zu streben, was zur Lösung der sozialen Frage beizu-tragen vermag. Sich einem andern großen Verband anzu-schließen, war das Hauptthema aller Debatten in den ersten Versammlungen. Man beschloß, zunächst andren Vereinen ge-gegenüber eine beobachtende, abwartende Haltung einzunehmen, und suchte daher durch Vorträge und Vorlesungen den Zweck der Aufklärung zu erreichen. Von einem Mitgliede, unserem Schriftführer Jänig, wurde der erste Vortrag über „Sprache und deren Gebrauch“ gehalten. Der zweite Vortrag von dem-selben hatte die englischen Gewerks-Genossenschaften zum Ge-genstand. Daran wurde die Aufforderung geknüpft, bei uns in ähnlicher Weise vorzugehen.

Im Uebrigen ist das Leben des Vereins bis hierher ein sehr bescheidenes gewesen, obwohl es sehr zu wünschen war, daß die Bescheidenheit sich geringer gezeigt hätte und die Theil-nahme desto größer.

Aber der hiesige Ort ist auch ganz darnach angethan, solche Erscheinungen hervorzubringen. Das Vereinsleben ist allerdings hier in voller Blüthe, das ist nicht zu leugnen. Es besteht hier ein Handwerker- und polytechnischer Verein, ein Verein unter dem Namen „Hilaria“, welcher den Zweck hat, wissenschaftliche Aufklärung zu verbreiten. Ein bedeutender Spar- und Vorschutzverein, welcher oft schon monatlich gegen 40,000 Thlr. umgesetzt hat. Kleinere Vereine dieser Art giebt es noch einige. Die Vereine und Gesellschaften für Bergnüt-zungen sind fast zahlreich zu nennen. Ihre Mitglieder entslam-men zum größten Theil den wohlhabenden Ständen und bil-den die eigentlichen Patrizier des Ortes, während die Plebejer sich überall bescheiden zurückziehen. Dieses Zurückziehen gebie-t ihnen aber auch ihr Geldbeutel und die Unfähigkeit mit den sogenannten gebildeten Ständen zu verkehren, endlich aber auch der Umstand, von den Letzteren sich über die Achsel müs-sen ansehen zu lassen. Daher erregte es von einer Seite fast Erstaunen, als sich ein Arbeiterverein gründete, während von

der anderen Seite nur ein mitleidiges Lächeln ihm gezollt wurde. Man versprach sich von dem Auftreten des Arbeitervereins anfänglich viel und fand es unbegreiflich, wie man zu dem Beschluß, eine Zeit lang isolirt (für sich) zu bleiben, kommen konnte. Der Verein zog sich dadurch den Namen eines „todtgeborenen Kindes“ zu. Endlich entschloß sich der Gesamtvorstand, vom Beginn dieses Jahres an das „Demokratische Wochenblatt“ zu verbreiten und in der am 14. d. M. abgehaltenen Hauptversammlung wurde auf vorhergehenden Antrag beschloffen, „sich dem Verband der deutschen Arbeitervereine unter dem Vorsitz der Herren Bebel und Liebknecht*) anzuschließen“. Demzufolge erklärt sich hierdurch der Verein als Ihrer Sache angehörig und erwartet von Ihnen das Weitere, sei es durch Zuschrift, oder durch Ihre Gegenwart. Für letzteren Fall werden wir eine öffentliche allgemeine Arbeiterversammlung einberufen. Eine solche würde hiesigem Orte sehr noth thun, einestheils um große Theilnahme zu erzielen und über Gewerks-Genossenschaften gehöriges Licht zu verbreiten, andertheils aber um den hiesigen Arbeitern Muth und Sporn zu geben, sowie den Beweis zu liefern, daß unser Verein kein „todtgeborenes Kind“ ist, sondern ein recht lebendiges Wesen.

Hainichen, den 23. Febr. Bei der Versammlung in Hohenstein-Ernstthal wird unser Arbeiterverein durch 3 Deputirte vertreten sein. Nächsten Sonntag den 28. d. M. wollen wir eine allgemeine Volksversammlung einberufen, in der 1) unsere leidige Schulangelegenheit und 2) die Gründung eines größeren Bürgerausschusses besprochen werden soll. Durch letzteren hoffen wir eine bessere Vertretung der Arbeiter im Gemeindefwesen zu erzielen.

Kirchberg, den 21. Febr. Wir werden am Sonntag den 28. Febr. eine Arbeiterversammlung abhalten, zu welcher Freund Stolle in Grimnitzschau sein Erscheinen zugesagt hat. Wir verstopfen so den Schweizer'schen Agenten im Voraus die Quelle, und da das „Demokratische Wochenblatt“ hier noch nicht genügend verbreitet und bekannt ist, bitten wir um eine Partie Probenummern. Die Versammlung wird unzweifelhaft zahlreich besucht sein.

Leipzig, den 23. Febr. Der erste Verbandstag der sächsischen Consumvereine wird, nach Einsendung der Jahresbeiträge zu urtheilen, sehr stark besucht werden. Auch scheint die damit verbundene Ausstellung von Waarenmustern und Preiscurantien Anklang zu finden, da schon verschiedene Großhändler zugesagt haben, Muster einzusenden. Auch einige Produktiv-Genossenschaften werden sich an der Ausstellung betheiligen; so hat die Produktiv-Genossenschaft für Eisen- und Stahlwaarenarbeiten in Cosingen angefragt, ob sie ausstellen könne, und den Bescheid erhalten, daß sie sehr willkommen sein werde. Weder der Consumverein Chemnitz, welcher die Ausstellung angeregt hat, noch die Centralstelle bilden sich ein, daß dieses Unternehmen den Namen Ausstellung verdienen wird, hoffen und wünschen aber, auf diese Weise Gelegenheit zu geben, daß die Consumvereine ihre Lieferanten, und Produktiv-Genossenschaften ihre Abnehmer kennen lernen, um vortheil-

*) Bebel ist Vorsitzender des Vororts; Liebknecht hat mit der geschäftlichen Leitung des Verbands deutscher Arbeitervereine nichts zu thun; er ist aber im Ausschuss der Volkspartei, welcher häufig mit dem Vorort verwechselt wird, übrigens auch prinzipiell genau auf demselben Boden steht.
D. R. d. D. B.

haftere und weitergehende Geschäftsverbindungen anzuknüpfen. Möglich auch, daß dies der Ausgangspunkt zu einer neuen fruchtbringenden Idee ist, die wir noch gar nicht aussprechen wollen, weil das Nabelliegende so viel Arbeitskraft absorbiert, daß das Fernere noch der nächsten, aber auch bloß der nächsten Zukunft überlassen werden muß. Gefördert wird aber die Idee durch zahlreiche Betheiligung der Genossenschaften.

Buchhändler-Anzeige.

Höchst wichtig für Zeitungsleser aller Stände.

Heutzutage stößt man in den politischen Zeitungen, Gesprächen, Kammerverhandlungen u. s. w. auf ein durch eine Unzahl Fremdwörter vermishtes Rothwelsch, welches es den Nicht-Geweihten geradezu unmöglich macht, mit den fremden Wörtern einen richtigen Sinn zu verbinden. Diese Lücke auszufüllen, ist die Aufgabe des

„Modernen Politisch-Deutschen Wörterbuchs,“

von welchem wir als Probe unten eine Anzahl Artikel folgen lassen. Wir hoffen damit einem dringenden Bedürfniß abzuhelfen und bemerken nur, daß hinter den jetzt allgemein üblichen fremdsprachigen Schlagwörtern deren Uebersetzung oder Erklärung in gutem Deutsch steht. Wenn man also bei der Zeitungslectüre oder in einer Reptilienrevue ein derartiges modernes Fremdwort findet, so schlage man in dem Wörterbuch nach und man erhält dann denjenigen Sinn, der dem Fremdwort von Gottes und Rechtswegen zukommt.

Agent, politischer = Spion.

Annectiren = fremdes Eigenthum für das Seinige erklären, Grünsackchen, In die Tasche stecken, Nebmen, Einverleiben, Einem großen Staatsförderer hinzufügen, Stehlen.

Armee = Eins und Alles.

Cäsarismus = Säbelherrschaft, eine jetzt übliche Staatsform.

Communalabgaben = Befreiung aller Militärpersonen.

Denuncianteuwesen: Siehe Stieber.

Devossediren = Von Haus und Hof vertreiben vergl. auch Annectiren.

Juristische Zwirnsäden = Gegenstände, über die man beim Annectiren nicht stolpert.

Region, die welsche, in der Pappelallee von Amiens = Vornamen zum Sequestiren.

Mainlinie = Die Trennung Deutschlands.

Mission, die göttliche: Siehe Annectiren.

Napoleon III. = Pöbner, mit dem man die großen und die kleinen Kinder in die Arme Preußens treibt.

Rational-Liberale, = die Partei der —: Siehe Servilismus.

Officiers-Casino: Die stärkste Stütze des Staats.

Parlament = Feigenblatt des Absolutismus.

Particularisten = Männer von echtem deutschen Korn und Schrot.

Patrioten = Verbissene Stockpreußen.

Politik, die Kunst der —: Siehe Annectiren.

Reptilien: Siehe Stieber.

Sequestiren: Siehe Annectiren.

Servilismus = Haupteigenschaft der Rational-Liberalen.

Stieber: Siehe Denuncianteuwesen.

Wasallen = Verbündete Regierungen.

(„Seifenblasen“).

(Wir hoffen die Gelehrten der „Seifenblasen“ arbeiten recht fleißig an diesem Wörterbuch, das in der That, wie wir nach zahlreichen uns zugegangenen Briefen beurtheilen können, „einem dringenden Bedürfniß“ abhelfen wird. Wir sind zu gelegentlicher Mitarbeiter bereit).

Anzeige.

Deutscher Arbeiter-Bildungs-Verein
in London

Charles-Hotel, 71 Dean Street, Soho Square. W. London.

Verantwortlicher Redacteur: B. Liebknecht.
Redaktion: Braustraße 11.

Leipzig. } Druck und Verlag: G. W. Bollrath.
Expedition: Petersstraße 18.

Hierzu eine Beilage.

Die soziale Stellung der Brauerei-Arbeiter.

Von Adolph Kröber in Heidelberg*.)

I.

Zu der in vorigem Sommer in Kaiserslautern stattgefundenen Bierbrauer-Versammlung hatte ich 5 Tage vorher schriftlich einen Vortrag über dieses Thema angemeldet. Der geschäftsleitende Ausschuss fand jedoch für gut, diese Frage gar nicht auf die Tagesordnung zu setzen. Ich konnte daher erst, nachdem mich die Versammlung in den Ausschuss des deutschen Bierbrauerbundes gewählt hatte, bei meiner Erklärung über die Annahme der Wahl meinen Antrag nur kurz erwähnen.

Die soziale Frage ist eine brennende. Sie steht auf der Tagesordnung der Zeit, sie wird und muß auf der Grundlage der Gerechtigkeit gelöst werden; durch kleinliche Machinationen wird sie sicherlich nicht aus dem Wege geräumt.

Die Liebe und Anhänglichkeit an einen Stand, dem ich 18 Jahre angehört, veranlassen mich für diesen in die Schranken zu treten. Zuvor bitte ich Alle — sowol die Brauereibesitzer, als die Arbeiter — meine Vorschläge zu prüfen und ihre Gegenansichten im „Bierbrauer“ vorzubringen; ich werde diese zu widerlegen suchen und nicht eher ruhen, bis diese Frage zu Gunsten der Arbeiter entschieden ist. Von dem humanen und dem wahren Fortschritte huldigenden Brauereibesitzern hoffe ich in diesem meinen Streben unterstützt zu werden.

Als noch vor wenigen Jahren die alten Zünfte in den meisten Ländern bestanden, wurde der „Braubrecht“ zu den Arbeitern niedriger Ordnung gezählt (wie schon der Name „Brecht“ bezeichnet): er hatte diesen Titel mit dem Küfer-, Bäcker-, Metzger- und Schreiner gemein. Der in demselben Geschäft bedienstete Commis oder Schreiber betrachtete im Hochgefühl seiner Würde ihn von oben herab. Der Schreiner- und Schneidergeselle waren weit davon, ihn als ihresgleichen anzusehen; sie hielten sich — und zwar mit einer gewissen Verechtigung — für höher gestellt. Wurden doch diese Gesellen von ihrem Meister per „Sie“ angesprochen, sie hatten festgesetzte Arbeitsstunden, nach deren Ablauf sie ihr eigener Herr waren, zudem hatten sie auch Beschäftigungen, bei denen neben der mechanischen Fertigkeit auch die Denkfraft mehr oder minder betheiligte war.

Wie sah und wie sieht noch heute die Stellung des armen Braubrechts in einem großen Theil der mittlern und kleinern Brauereien aus? Er wird nicht allein von seinem Prinzipal, sondern auch von allen Familienangehörigen desselben, von dessen Schreiber und auch manchmal sogar von den Trinkgästen per „Du“ angeredet*). Er hat 24 Stunden Arbeitszeit; — wieviel davon ihm der Prinzipal zur Ruhe überläßt, ist sehr verschieden und hängt von dessen Humanität ab. Mir sind Fälle bekannt, wo Monate hindurch die Schlafzeit nur 3 bis 5 Stunden per Tag betrug. Will er ja am Sonntag Nachmittags ein paar Stunden Ruhe haben, so muß die Nacht vom Samstag auf Sonntag hindurch gearbeitet werden. Ist nun der Ruhetag (während der Brauperiode, d. h.

6—8 Monate) — „der Tag des Herrn“ — heringebrochen, dann kommt es vor, daß auch der freie Sonntagnachmittag vorzeitig wird, indem der Braumeister noch eine Arbeit vorzieht, die noch tagelang hätte verschoben werden können. Und was für eine Sorte Arbeit war das und ist es in den alten Brauereien zum Theil heute noch? — Schäffeln-, Butten-, Sack- und Faßtragen, eine reine Lastthierarbeit, — wie denn überhaupt das Maischen, Schöpfen zc. lauter Arbeiten sind, welche die ganze Muskelkraft im höchsten Grade in Anspruch nehmen, und alles dieses im Galopp 16—20 Stunden lang! Im günstigsten Falle wird der Braubrecht zur Erholung in die Wirthschaft geschickt, um die Gäste zu bedienen. Versagen die ermüdeten Glieder den Dienst, so erfolgt ein wahrer Hagel der gemeinsten Schimpfwörter. Was ist die natürliche Folge? Um die Nerven zu spannen und die rohe und schimpfliche Behandlung minder fühlbar zu machen, ergiebt sich der Braubrecht — „dem Trunk!“ —

Der Braubrecht säuft und kommt in einen Zustand des beständigen Dufels; sein Geist versinkt in Nacht, und aus einem denkenden Wesen wird leider nur zu oft ein thierisches Gebilde. Werfen wir den Schleier hierüber. Nur eins noch sei mir gestattet zu sagen.

Vor 18 Jahren erlernten mit mir 12 junge Leute die Bierbrauerei. Wir hatten sämmtlich mehr Schulbildung genossen, als solche die Elementarschulen bieten, und waren aus sogenannten „besseren Familien“. Von diesen meinen Kameraden sind 9 todt und die 3 noch Lebenden erfreuen sich nicht der besten Gesundheit. Die alle Körperkraft vollständig ausnuzende Arbeit, die herabwürdigende Behandlung und das Saufen der „Braubrechte“ sind die Ursachen des bedauernswerthen Endes. Sie, meine Herren*), werden sagen: „Das sind alte Geschichten, die Kerle führen sich auch danach auf!“ Ich gebe zu, daß ihre Aufführung sehr häufig keine menschliche mehr ist; dies ist ja auch die nothwendige Folge der vorerwähnten Thatsachen; — Sie blasen in dasselbe Horn wie die Sklavhalter des Südens gegenüber der Emanzipationsfrage der Sklaven, indem Sie, meine Herren, mir erwidern: „die Braubrechte sind rohe, versoffene Menschen, die Kerle sind solche Behandlung gewöhnt, und nur bei einer eisernen Disziplin und möglichst vieler Arbeit können sie in Zucht gehalten werden.“ Ferner fragen Sie: „Ja, wie ist es in einer Brauerei anders möglich?“ heißt es doch schon in dem alten Brauerlied: „Um 12 Uhr (Nachts) muß der Wasserkeffel sieden, dann heißt es dann frisch aufgemaischt“ u. s. w. Die bekannte Litanei! die Abends 10 Uhr endet mit dem Malzhause, der gerade um diese Zeit über den Buckel gezogen werden muß. Ich sage Ihnen dagegen: „Alles, was Menschenantlig trägt, ist kulturfähig!“ ferner: „Alle Arbeit kann mit demselben Personal in 10 bis 12 Stunden geschehen; die wenige Arbeit, die wirklich Nachts geschehen muß, kann leicht durch einen Nachtwächter, in kleinen Geschäften abwechselungsweise geschehen.“

Gestatten Sie mir nunmehr in einem 2. Artikel zu beweisen,

1. daß der Stand der Brauerei-Arbeiter zu einer auf Gerechtigkeit und Menschenwürde basirenden Stellung emporgehoben werden kann, — und 2. daß die Einführung fester Arbeitszeiten nicht allein möglich, sondern auch vortheilhaft ist.

*) Ist an die Brauereibesitzer gerichtet.

*) Dieser Aufsatz, den der Verfasser uns gütig zur Verfügung gestellt hat, ist zuerst im „Bierbrauer“, redigirt von G. E. Habich (Verlag der Spamer'schen Buchhandlung dahier) erschienen. Wir danken Freund Kröber für den glücklich geführten Beweis, daß die Grundsätze des Sozialismus und der Humanität sich selbst unter den schwierigsten Verhältnissen glücklich zur Geltung bringen lassen, wenn man nur will.

*) Unsere erzgebirgischen Bergarbeiter müssen sich auch von Steigern und sonstigen Beamten das Du gefallen lassen. Sie müssen?

Aus England.

London, den 22. Februar.

Die Zunge der größten Schwappmaschine der Welt, die alljährig im August zum Schweigen gebracht wird, um neue Kräfte zu sammeln, ward vorigen Dienstag durch die Eröffnung des Parlaments gelöst. Die Londoner Müßiggänger wurden um die Augenweide, eine königliche Prozeßion zu sehen, gebracht, da die Königin zu „unpäßlich“ war für die Anstrengung einige hundert Schritte zu fahren und einige Zeilen zu lesen. Es ist etwas befremdend, daß eine Frau, die so oft einige hundert Meilen in einem Zug bei Tag und bei Nacht mit der Eisenbahn reist, nicht im Stande sein sollte, beinahe den einzigen Dienst, welchen sie dem Publikum für eine halbe Million Pfd. St. jährlich zu leisten hat, zu versehen. Die Thronrede wie ein Schuljunge abzulesen, mag nicht das angenehmste Geschäft sein. Sie ist das nichtsagendste politische Dokument*, das man sich denken kann. Um dem Parlament jede Möglichkeit der Kritik abzuschneiden und jede Veranlassung zu mißbilligenden Aeußerungen zu vermeiden, legt das Ministerium der Königin einige unschuldige Worte in den Mund, welche einige der Hauptmaßregeln der kommenden Session bezeichnen. Die Adressen der beiden Häuser, die ebenfalls vom Ministerium (!) verfaßt und von den neuesten oder jüngsten Parlamentsmitgliedern vorgeschlagen und unterstützt werden**), sind gewöhnlich noch nichtsagender, so nichts sagend, daß Niemand gegen den Inhalt Einwendungen machen kann, um nicht dem Anschein Raum zu geben, als habe das Parlament eine von der Königin verschiedene Meinung (!) Um den vielen neuen Parlamentsmitgliedern eine Gelegenheit zu geben, die Mutter einer erlauchten Familie, die 5000 mal so viel verzehrt als eine wohlgenährte Arbeiterfamilie, von Angesicht zu Angesicht zu sehen, hat die Königin geruht, nach London zu kommen und die Adressen gnädigst zu empfangen; und auf Vorschlag des Ministeriums haben beide Häuser beschlossen, sich in Deputationen zu verwandeln, um die Adressen feierlichst zu überreichen. Damit hört die gegenseitige Rücksicht, die Uebereinstimmung der Volksvertreter auf, und der Partei-Hader beginnt. Die konservative Presse beschwert sich darüber, daß Gladstone den Nottinghamer Strumpfwirker Mundella, der sich brüstet, der Vertreter der Arbeiter von Sheffield zu sein, zum Sekundanten***) der Adressen erkoren hat. Welche Verdienste sich Mundella um die Arbeiter erworben, habe ich früher mitgeteilt. Die Reaktionen wittern ein übles Zeichen der Zeit in der That, daß sich das Ministerium herabgelassen hat, einen Mann, der die Existenz der Trades' Unions (Gewerks-Genossenschaften) als eine nothwendige und berechtigte betrachtet, in sein parlamentarisches Gefolge aufzunehmen. Unter den in Aussicht gestellten Regierungsmaßregeln ist eine Untersuchung der Art und Weise, wie die Parlaments- sowohl als die Gemeindevahlen bisher geführt worden sind, um wo möglich weitere Bürgschaften der Ruhe, der Reinheit und der Freiheit zu finden und zu gewähren. Hinter dieser Untersuchung spuckt die geheime Abstimmung. Ein radikaler Quäker, ein Verwandter von Bright, hat „Notiz gegeben“†), er werde am 16. März einen Vorschlag machen, daß künftig die Abstimmung für Parlamentsmitglieder durch geheime Stimmzettel stattfinden solle. Seine „Notiz“

*) Aktenstück.

**) Also die reinste Komödie — wie der ganze Parlamentarismus.

***) Die Adresse sowohl als die Adressen der Adressen müssen, wie alle Anträge im englischen Parlament, von einem Mitglied „sekundirt“ — unterstützt werden.

†) Die parlamentarische Anzeige gemacht.

ward mit lauten Beifallsbezeugungen von der Ministerbank aufgenommen. Die Ankündigung Peter Taylor's, (einer der Geldstüben der Reform Liga,) er werde beantragen, daß der alte konstitutionelle Gebrauch, die Mitglieder zu bezahlen (Diäten), erneuert werde, ward mit lautem Gelächter empfangen. Die letzte Rede, welche Lord Palmerston vor etwas mehr als drei Jahren im Parlament hielt, hatte zum Zweck, die Abstimmung durch geheime Stimmzettel lächerlich zu machen. Die Reform-Liga hat das Gelächter übel genommen, und in einem Beschluß ihr Bedauern ausgedrückt und erklärt, jenes Gelächter beweise, daß das gegenwärtige Parlament nicht ein solches sei, welches das Vertrauen der Arbeiter verdiene, daß mithin die Aufgabe der Liga noch nicht gelöst sei. Erfahrung macht klug.

Gladstone „gab Notiz“, daß er am 1. März dem Hause Vorschläge im Betreff der irischen Staatskirche vorlegen werde. Dies wird zur Parteilacht der Session führen. Disraeli's Zeitung sagt: „Die gegenwärtige parlamentarische Ruhe und Heiterkeit gleicht der Windstille, die großen Stürme vorhergeht.“ Aber die Stürme der konservativen Presse sind nur Zwiste innerhalb der begüterten Klasse, die nur so langmöglich sind, als das soziale Klassengewitter noch nicht losgebrochen ist.

Die liberale Majorität findet Alles so behaglich und sicher, daß sie durch die liliputanische*) Quacksalberei das politische soziale Ungewitter verschrecken zu können wähnt.

In Betreff der Unterrichtsfrage ist das Ministerium dem Beispiel des Brüsseler Arbeiterkongresses gefolgt, es hat sie auf ein Jahr vertagt. In der Zwischenzeit sollen die zahlreichen mildthätigen Stiftungen für das Volksschulwesen wirksamer gemacht und unter die Controlle der Regierung gebracht werden. Die meisten, durch alte Vermächtnisse gegründeten Schulen sind so verfallen, daß sie längst aufgehört haben, den Namen Schule zu verdienen. Die Untersuchung einer Kommission ergibt unter andern: eine Schule mit 300 Pfd. St. jährlichem Einkommen hat zwei Schulmeister und einen Schüler; eine Andere hat seit dreißig Jahren keinen Schüler gehabt; wieder eine Andere hat ein Einkommen von 1000 Pfd. St. das Jahr und unterrichtet 3 Knaben. Die Schulkommunen besitzen zusammen ein Einkommen von 210,000 Pfd. St. das Jahr; gegen neun Zehntel sind in ähnlichem Verfall wie die hier angeführten.

Berichtigung. In unserer vorigen Londoner Correspondenz ist hinter den Worten: „12 Prozent“ (Seite 94, Spalte 2, Zeile 15 v. o.) folgender Satz durch Versehen weggeblieben:

„Der Verbrauch von Rohbaumwolle belief sich 1850 auf 561,000,000 Pfd., 1860 auf 1,140,000,000 Pfd.“

— eine Vermehrung von 103 Prozent.“

Im Zusammenhang lautet also die Stelle:

Am 31. März 1851 gab es in England 391,777 Baumwollensfabrikarbeiter, 1861 belief sich ihre Zahl auf 456,646 — eine Vermehrung von 12 Prozent. Der Verbrauch von Rohbaumwolle belief sich 1850 auf 561,000,000 Pfd., 1860 auf 1,140,000,000 Pfd. — eine Vermehrung von 103 Prozent. 1850 kamen durchschnittlich 1,509 Pfd. Rohbaumwolle auf den Arbeiter, 1860 aber 2,541 Pfd. Wir sehen daher, daß die erweiterte Industrie nur die Plakerei des einzelnen Arbeiters vermehrt hat, ohne einer verhältnismäßig größern Anzahl Beschäftigung zu gewähren oder den Lohn des einzelnen Arbeiters verhältnismäßig zu erhöhen.

*) Liliputaner, winzige Fabelwesen, fingergroße Menschen, die in dem berühmten Werk des englischen Satyrikers Swift, „Gulliver's Reisen“, vorkommen; liliputanisch-zwerghaft, winzig, kleinlich.